

Pressespiegel Wahlkreisbüro Minden-Lübbecke Ute Koczy, MdB  
Mindener Tageblatt 30.05.2007



Neonazis im Blick: Britta Haßelmann (von links), Ute Koczy, Monika Lazar und Arndt Klocke informierten über Programme gegen Rechtsextremismus und sammelten Informationen vor Ort.  
MT-Foto: Langenkämper

## Unterstützung nur über Kommunen

Grüne Bundestagsabgeordnete berichtet über veränderte Förderung von Initiativen gegen Neonazis

Von Jürgen Langenkämper

Minden (mt). Initiativen, die die politischen Aktivitäten von Rechtsextremisten beobachten und sich vor Ort dagegen engagieren, müssen sich umstellen. Finanzielle Unterstützung aus Berlin fließt nur noch über die Kommunen.

Monika Lazar, Bundestagsabgeordnete der Grünen aus Leipzig, informierte gestern im Bildungswerk und Forum über die veränderten Fördermodalitäten seitens der Bundesregierung. Zugleich sammelte sie in Minden und in anderen Orten während ihrer dreitägigen Reise durch Nordrhein-Westfalen Informationen und Eindrücke

über die örtlichen Gegebenheiten und das Engagement gegen aufkeimende rechtsextremistische Aktivitäten.

„Es gibt keine Gelder mehr für Initiativen, sondern auf kommunaler Ebene“, sagte die Leipzigerin. Daher mussten Verwaltungen für die Problematik sensibilisiert werden. Leicht würden lokale Initiativen gegen Neonazis dadurch jedoch zu „Bittstellern bei Bürgermeistern oder Landräten“ – schlimmer noch dort, wo der Landrat sich, wie in einem sächsischen Kreis mit Vertretern der „volkstreuern Jugend“ und NPD-Kadern trifft.

Probleme, so ein Vertreter des Mindener Bündnisses gegen Gewalt und rechtsradikale Propaganda, könne es auch in Minden geben – „bei einer an-

deren Ratsmehrheit“. Das wäre dann aus seiner Sicht „ein Skandal“.

Lazar forderte ausdrücklich zu breiten Bündnissen der demokratischen Parteien auf: „Es ist wichtig, die CDU mitzunehmen“, sagte sie und lobte jene CDU- und CSU-Bürgermeister, die vorangehen, wie dies in Wunsiedel der Fall sei. „Besser kann man es nicht machen.“

Inzwischen, so die Bundestagsabgeordnete, die Sprecherin ihrer Fraktion für Strategien gegen Rechtsextremismus ist, gebe es auch im zuständigen Familienministerium den Verdacht, dass manche Landkreise und Kommunen die Förderung durch das neue Bundesprogramm nutzten, um ganz normale Sportprogramme und andere Veranstaltungen bezu-

schussen zu lassen. Diskussionssteilnehmer befürchteten allerdings, dass die Verarmung weiter Kreise bis tief in die Mittelschicht ein Nährboden für Rechtsextremismus werden könne. Diese Tendenz stellte auch Ute Koczy (MdB) fest, die Minden-Lübbecke in Berlin als Grüne mit vertritt.

Der grüne Landesvorsitzende Arndt Klocke warnte davor, dass Rechtsextreme versuchen wollten, bei der nächsten Kommunalwahl stärker Fuß zu fassen und dazu vermeintlich harmlose Bürgerinitiativen „gegen irgendetwas“ als Deckmäntelchen nutzen könnten. Kritik äußerten Diskussionssteilnehmer am Vorgehen und Verhalten der Polizei vor Ort bei der Einkesselung von jungen Demonstrantinnen im März.

**Pressespiegel Wahlkreisbüro Minden-Lübbecke Ute Koczy, MdB  
Mindener Tageblatt 29.05.2007**



**Forum: Gegen  
Rechtsextreme**

Grüne Strategien gegen  
Rechtsextremismus. Die  
Bundestagsabgeordneten  
Monika Lazar (Foto) und  
Britta Habelmann sowie der  
NRW-Landesvorsitzende  
der Grünen, Arndt Klocke,  
kommen zu einem offenen  
Dialog ins Bildungswerk  
und Forum, Alte Kirchstra-  
ße 11-15. Beginn ist um 16  
Uhr. Foto: privat

**Grüne erschreckt  
über Beteiligung**

Minden (mt/hn). Die geringe  
Wahlbeteiligung von weniger  
als 28 Prozent bei der Landrats-  
wahl in Minden-Lübbecke gibt  
Anlass zur Sorge, meinen die  
Grünen in OWL. Offenbar habe  
die Trennung von Kommunal-  
wahl und Wahl des Landrates  
dazu geführt, dass viele Wähle-  
rinnen und Wähler zu Hause  
geblieben sind. Die Grünen kri-  
tisieren, dass die Landesregie-  
rung die Entkopplung von  
Kommunalwahl und Wahl der  
Landräte und Bürgermeister  
festschreiben wolle. Ebenfalls  
hoch problematisch sei der ge-  
plante Wegfall der Stichwahlen.

Pressespiegel Wahlkreisbüro Minden-Lübbecke Ute Koczy, MdB  
Mindener Tageblatt 23.05.2007

## Strategien gegen Rechtsextremismus

Minden (mt/lkp). Auf Einladung der grünen Bundestagsabgeordneten Ute Koczy besucht Monika Lazar, Sprecherin der Grünen im Bundestag für Strategien gegen Rechtsextremismus, im Rahmen einer Infotour durch NRW die Friedenswoche Minden. Ziel dieser Infotour gegen Rechtsextremismus sind Vernetzung und konstruktiver Austausch über regionale Probleme und Demokratie-Konzepte. Begleitet wird Monika Lazar vom NRW-Landesvorsitzenden der Grünen, Arndt Klocke, und der Bielefelder Bundestagsabgeordneten Britta Habelmann. Vor diesem Hintergrund gibt es am Dienstag, 29. Mai, um 16 Uhr einen offenen Dialog zum Thema „Grüne Strategien gegen Rechtsextremismus“ im Mindener Bildungswerk für Friedensarbeit, Alte Kirchstraße 11-15. Monika Lazar informiert über die Umsetzung der Programme gegen Rechtsextremismus, berichtet über ihre Erfahrungen aus anderen Projekten und lädt zu einem Informationsaustausch über Rechtsextremismus vor Ort ein.

# Grüne in NRW setzen auf Soziales und Kinderbetreuung

Landesvorsitzender Arndt Klocke im MT-Gespräch / Rückenwind aus Bremen / Warnung vor Kraftwerksneubauten

Von Henning Wandel

Minden (hwa). Als die Grünen 1990 zum ersten Mal vom Wetter statt über Deutschland reden wollten, kostete sie das den Einzug ins erste gesamtdeutsche Parlament. Jetzt reden alle vom Wetter – und die Grünen in NRW entdecken andere Themen.

„Soziale Sicherung“ steht für die Landesdelegiertenkonferenz – wie die Grünen ihren Landesparteitag offiziell nennen – in zwei Wochen ganz oben auf der Tagesordnung. „Wir setzen bewusst einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Sozialpolitik“, betont der Landesvorsitzende Arndt Klocke im MT-Gespräch. Nachdem die letzte rot-

grüne Bundesregierung für die sozialen Sicherungssysteme entsprechende Weichen gestellt habe, wollen die Grünen nun kritisch Bilanz ziehen, so der gebürtige Vlothoer. „Das heißt nicht, dass wir in sozialdemokratischen Politikfeldern wildern“, sagt Klocke, auch wenn die Positionen beispielsweise beim Thema Mindestlohn nicht weit auseinander liegen.

Als Oppositionspartei sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene, können die Grünen nach Meinung Klockes offener über Hartz IV, die Höhe des Arbeitslosengeldes II sowie über Kontroll- und Sanktionsmechanismen debattieren – denn gerade hier hat der Landesvorstand laut Parteitagsvorlage problematische Punkte ausgemacht, die „entwürdigende Bedingungen“ für die Betroffenen schaffen.

Weiteres Schwerpunkt-Thema wird die Zukunft der Kinderbetreuung – „elementare Landespolitik“, so Klocke. Durch ein Abschmelzen des Ehegatten-Splittings wollen die Grünen zunächst den Ausbau der Infrastruktur finanzieren und Kindertagesstätten zur Regaleinrichtung machen – einen verstärkten Auftrag zur frühkindlichen Bildung sowie Rechtsanspruch auf einen Platz für Kinder ab einem Jahr eingeschlossen. Perspektivisch soll die Kinderbetreuung zudem kostenfrei sein, um allen Kindern den Zugang zu ermöglichen.

## MT-GESPRÄCH

Trotz der Konzentration auf soziale Fragen sehen die Grünen in NRW ihre Top-Themen

in erster Linie im Umweltschutz. Rückenwind kommt zum einen aus einer Umfrage zur Parteienkompetenz – hier kommen die Grünen laut Klocke auf eine Zustimmung von 60 Prozent – und zum anderen aus Bremen. Mit 16,4 Prozent erzielten die Grünen bei der Bürgerschaftswahl am 13. Mai ihr bisher bestes Ergebnis auf Landesebene. „Die Grünen sind weiterhin da“, sagt Klocke mit Blick auf einige Stimmen, die der Partei nach dem Ausscheiden aus sämtlichen Regierungskoalitionen bereits attestierten, ihre beste Zeit hinter sich zu haben.

Während auf kommunaler Ebene, beispielsweise in Essen, eine schwarz-grüne Koalition durchaus funktioniert, erscheint eine solche Konstellation auf Landesebene in NRW laut Klocke derzeit undenkbar.

Der grüne Landeschef geht hart mit der Düsseldorfer Regierung ins Gericht: Das Verbot einer wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen, die Leugnung menschlicher Verantwortung für den Klimawandel und das geplante Kindergartengesetz nennt Klocke in erster Linie als entzweigende Faktoren.

Im Bund habe Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) immerhin ein hochambitioniertes Programm zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent vorgelegt – auf der Agenda der NRW-CDU hingegen tauche der Klimawandel so gut wie gar nicht auf. „Die Investitionsentscheidungen für die nächsten 50 Jahre fallen jetzt“, warnt Klocke. Sollten die 18 in NRW geplanten Kohlekraftwerke gebaut werden „brauchen wir über CO<sub>2</sub>-Absenkung nicht mehr reden“.